



**GEMEINSAM**  
für soziale  
Gerechtigkeit

**ENSEMBLE**  
pour la justice  
sociale

**INSIEME**  
per la giustizia  
sociale

**UNIA**

## Resolution

# Für eine Industriepolitik mit sozialen und ökologischen Kriterien

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz ist angespannt, ähnlich wie in anderen führenden kapitalistischen Volkswirtschaften. Sie spiegelt eine grundsätzliche Krise ihres Prinzips: Profite für die 1% auf Kosten der 99%. Die weltweiten Handelskriege, besonders durch die US-Regierung verschärft, sind Ausdruck dieser Krise und verschärfen sie weiter. In ihnen haben die Arbeiter:innen weltweit nur zu verlieren: sie erhöhen den Druck auf die Arbeitsbedingungen. Die Unia setzt sich deshalb für fairen Handel sowie friedliche und gerechte Zusammenarbeit zwischen Ländern und Völkern ein. Gleichzeitig fordert sie eine aktive Industriepolitik, die soziale und ökologische Herausforderungen angeht.

### Arbeit ist ein Recht

Dank dem starken Einsatz der Unia wurde das Recht auf Kurzarbeit mit breiter parlamentarischer Unterstützung von 18 auf 24 Monate verlängert. Das bestätigt: Vorübergehende Schwierigkeiten müssen ohne Entlassungen und Zerstörung von Know-how bewältigt werden.

Die Unia fordert nun vollen Lohnausgleich für alle von Kurzarbeit Betroffenen. Zudem müssen die Unternehmen während des Bezugs von Kurzarbeitsentschädigung auf Kündigungen verzichten. Wer öffentliche Gelder bezieht, um Arbeitsplätze zu erhalten, darf keine Leute entlassen.

### Sozial-ökologischer Umbau als Perspektive

Die Klimakrise betrifft die gesamte Gesellschaft. Das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) verpflichtet die Bundesverwaltung bis 2040 und die Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie bis 2050 das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Dafür muss sofort entschlossen in diese Richtung gesteuert werden.

Gewissen Kreise fordern die forcierte Produktion von Rüstungsgütern. Dies wäre ein kompletter Irrweg. Die Unia setzt sich dagegen für eine konsequente Ausrichtung der Produktion auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein. Dazu gehört auch, dass entlang gesellschaftlich nützlichen Leitindustrien lokale Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Statt Mittel zur Förderung der Industrie und des ökologischen Umbaus zu streichen, wie es der Bundesrat im Rahmen seines «Entlastungsprogramms 2027» beschlossen hat, braucht es öffentliche Innovations- und Investitionsprogramme im zivilen Bereich, um die notwendige Transformation aktiv zu fördern.

### Öffentliches Beschaffungswesen stärken

Es bestehen bereits jetzt Steuerungsinstrumente für solche Zielsetzungen. Nicht zuletzt das öffentliche Beschaffungswesen, das jährlich rund 40 Mrd. Franken umfasst. Das 2021 revidierte Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) sieht vor, dass soziale, ökologische und strategische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden. Konkret müssen Faktoren wie GAV-Abdeckung bei den Produzenten und Zulieferern, Auswirkungen auf den Werk- und Ausbildungsplatz Schweiz, wie auch CO<sub>2</sub>-Ausstoss, Materialrecycling und Integration in lokale Produktionsketten, einfließen. Die Unia verlangt eine konsequente Anwendung dieser Kriterien, auch in den Kantonen und Gemeinden. Diese müssen, wo nötig, ihre gesetzlichen Bestimmungen anpassen.

### Vorhandene Förderinstrumente nutzen und neue entwickeln

Es bestehen bereits heute auf kantonaler und kommunaler Ebene Formate für Innovations- und Investitionsprogramme, wie etwa dem Waadtländer Fonds pour l'industrie vaudois, den



**GEMEINSAM**  
für soziale  
Gerechtigkeit

**ENSEMBLE**  
pour la justice  
sociale

**INSIEME**  
per la giustizia  
sociale

**unia**

Aides financières pour projets novateurs in Neuenburg, oder der Stiftung Fondetec in der Stadt Genf.

Die Unia fordert, dass solche Programme in weiteren Kantonen und Gemeinden eingerichtet werden und an strenge soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden und die Mitbestimmung stärken. Die eingesetzten Mittel sollen die Menschen und den Planeten schützen, nicht die Profite.

### **Umverteilung statt öffentliche Profitsubventionen**

Solche Programme dürfen nicht durch asoziale Kopfsteuern oder Sparmassnahmen, sondern durch Umverteilung zulasten der Grosskonzernen finanziert werden.

In vielen Kantonen steht die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer auf

Unternehmensgewinne noch aus. Die Unia engagiert sich dafür, dass die daraus resultierenden Einnahmen auf kantonaler oder nationaler Ebene gezielt für soziale und ökologische Investitionen genutzt werden.